

**Die Revolution 1918/19
Von der Monarchie zur Republik**

Einführung

Die deutsche Revolution von 1918/19 gehört bis heute zu den umstrittensten Ereignissen der neueren deutschen Geschichte. Die letzten Wochen des Ersten Weltkrieges und die ersten Monate der Nachkriegszeit stellen parallel zur militärischen Niederlage auf dem Schlachtfeld und in deren Gefolge mit dem Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie und von dieser zur Republik eine Periode forcierten Verfassungswandels, revolutionärer Veränderungen und staatlicher Neuordnung dar.

Über die Bewertung jener politischen Umwälzung und der sozialen Auseinandersetzungen in der Zeit zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik konnten sich die Historiker bisher nicht einigen. Vor allem in den 60er Jahren ist das tradierte Bild der deutschen Revolution von 1918/19 einer kritischen Revision unterzogen worden:

- Bis dahin dominierte eine Interpretation, die - ausgehend von Karl-Dietrich Erdmann(1) - das Spektrum politischer Gestaltungsmöglichkeiten in der revolutionären Entstehungsphase der Weimarer Republik auf die Alternative: bolschewistische Rätediktatur oder parlamentarische Demokratie in Zusammenarbeit mit den konservativ-bürokratischen Kräften reduzierte.

- Nun formulierte die Forschung - im Gefolge der Kritik am politischen Immobilismus der sozialdemokratischen Volksbeauftragten -- als neue Fragestellung die Alternative: Bündnis mit der vorrevolutionären Machtelite und damit konservative Republik oder "einschneidende Veränderungen der bestehenden Machtstrukturen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates zugunsten einer in den breiten Massen der eigenen Anhängerschaft zuverlässig verankerten demokratischen und sozialen Republik".(2)

Für die neuere, "revisionistische" Forschung rückte das Räteproblem in das Zentrum, der Betrachtung: die Frage nach der Rolle der Räte in den verschiedenen Phasen der Revolution, nach ihren Zielen, ihren Möglichkeiten und nach den Ursachen ihres Scheiterns. Wenn auch gegenüber der Möglichkeit eines "dritten Weges" zwischen kommunistischem Rätestaat und konservativer Republik von einigen Verfassern mehr oder weniger starke Vorbehalte geäußert werden ,(3) so übt die neuere Revolutionsforschung doch überwiegend Kritik an der sozialdemokratischen Revolutionsregierung, der vorgeworfen wird, die Chance zur Etablierung einer Republik mit entschieden demokratischer und sozialer Ausrichtung ungenutzt gelassen zu haben. Die meisten "revisionistischen" Autoren messen den Versäumnissen und Fehlentscheidungen der Gründungsphase eine für das weitere Schicksal der Weimarer Republik Verhängnisvolle Bedeutung bei.(4)

Die kommunistische Geschichtsschreibung der DDR interpretiert die Revolution von 1918/19 - vor allem seit den 1958 aufgestellten, seither für die DDR-Historiker verbindlichen Thesen" - als eine "ihrem Charakter nach [... 1 bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde".(5) Lediglich die Spartakisten und die im Verlauf der Revolution gegründete KPD erfahren in dieser Deutung eine positive Bewertung; die Unterstreichung der führenden Rolle der Partei deutet auf die aktuell-politische Gegenwartsbezogenheit dieser Interpretation hin.

Chronik

3. Oktober 1918	Prinz Max von Baden wird Reichskanzler (Beteiligung der SPD; Reformprogramm).
4. Oktober 1918	Deutsches Waffenstillstandsangebot.
23. Oktober 1918	3. Wilson-Note.
26. Oktober 1918	Entlassung Ludendorffs als Generalquartiermeister (Nachfolger: General Groener).
28. Oktober 1918	Parlamentarisierung des Reiches ("Oktoberverfassung").
29. Oktober 1918	Wilhelm II. flieht nach Spa. Beginn der Meuterei der Hochseeflotte.
2. November 1918	Österreich-Ungarn schließt Waffenstillstand ab.
4. November 1918	In Kiel werden erste Soldaten- und Arbeiterräte gebildet.
5.-11. Nov. 1918	Ausbreitung der Aufstandsbewegung über ganz Deutschland.
7. November 1918	Kurt Eisner ruft in München die bayerische Republik aus; König Ludwig III. flieht.
9. November 1918	Prinz Max von Baden tritt als Reichskanzler zurück (Nachfolger: Friedrich Ebert, SPD). Ph. Scheidemann ruft die "deutsche" Republik aus, K. Liebknecht proklamiert die "freie sozialistische" Republik.
10. November 1918	Wilhelm II. begibt sich nach Holland ins Exil. Bildung des Rats der Volksbeauftragten (SPD/USPD). Pakt Ebert-Groener. Wahl des "Vollzugsrats" im Berliner Zirkus Busch.
11.. November 1918	Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiègne.

15. November 1918	Zentrales Abkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.
16.-21. Dez. 1918	Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin; Einsetzung eines "Zentralrates".
23./24. Dez. 1918	Aufstand der "Volksmarinedivision".
29. Dezember 1918	Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten.
30. Dezember 1918	Gründungsparteitag der KPD. 1. Januar 1919.
5.--12. Jan. 1919	Regierungsfeindlicher Aufstand in Berlin.
19. Januar 1919	Wahl zur Nationalversammlung.
10. Januar-4. Februar 1919	Bremer Räterepublik.
März/April 1919	Streik- und Sozialisierungsbewegung in großen Teilen Deutschlands.
8.-14. April, 1919	2. Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte.
7.-13. April 1919	1. Münchner Räterepublik.
13. April- 2. Mai 1919	2. Münchner Räterepublik.



Barrikade der Regierungstruppen am Spittelmarkt in Berlin während des Generalstreiks am 24. April 1919

Zu Vorgeschichte und Hintergründen der Revolution

Seit August 1918 hatten sich an der Westfront, die Abnutzungs- und Auflösungserscheinungen gehäuft; die OHL (Oberste Heeres-Leitung) gestand allerdings erst Ende September nach neuen militärischen Katastrophen die Niederlage des deutschen Heeres ein.(6) Hindenburg und Ludendorff drängten nun den, neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden, sofort ein Waffenstillstandsangebot an die Alliierten zu senden. Aus diesem Angebot entspann sich zwischen der deutschen Regierung und dem amerikanischen Präsidenten Wilson ein ausgedehnter Notenwechsel, der sich bis Anfang November hinzog.

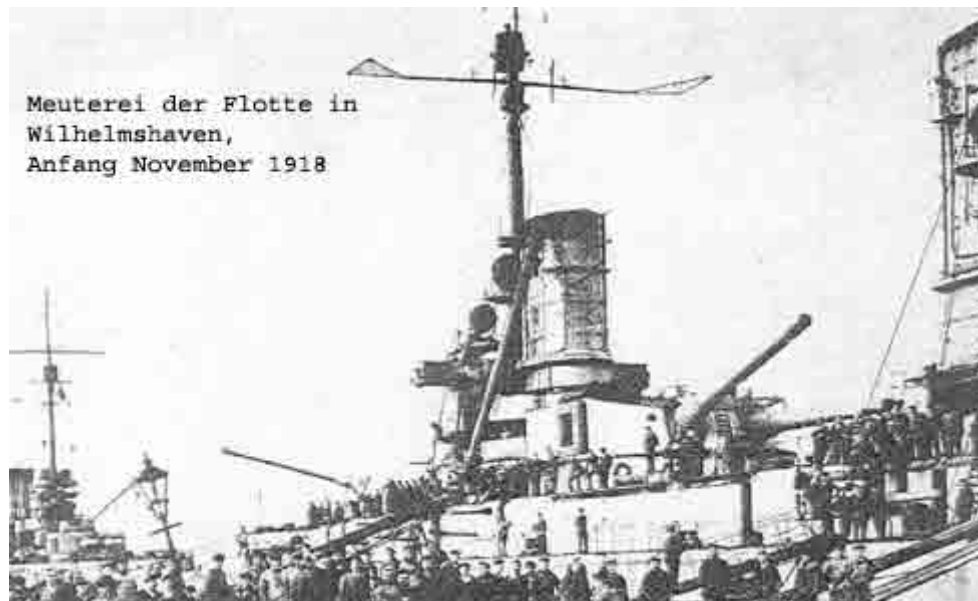
Als 'aus der dritten Wilson-Note (23. 10. 1918) deutlich wurde, dass die US-Bedingungen praktisch auf eine Kapitulation des deutschen Heeres hinausliefen, erließ Ludendorff plötzlich -- nachdem er die Lage an der Westfront wieder günstiger beurteilte - am 24. Oktober einen Aufruf zum "Verzweiflungskampf" an das Heer. Diesmal konnte sich der über das eigenmächtige Verhalten Ludendorffs empörte Reichskanzler als wichtigster Vertreter der politischen Führung gegen die militärische Führung durchsetzen und die Entlassung Ludendorffs erreichen. Hindenburg blieb in seinem Amt; Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister wurde General Wilhelm Groener.

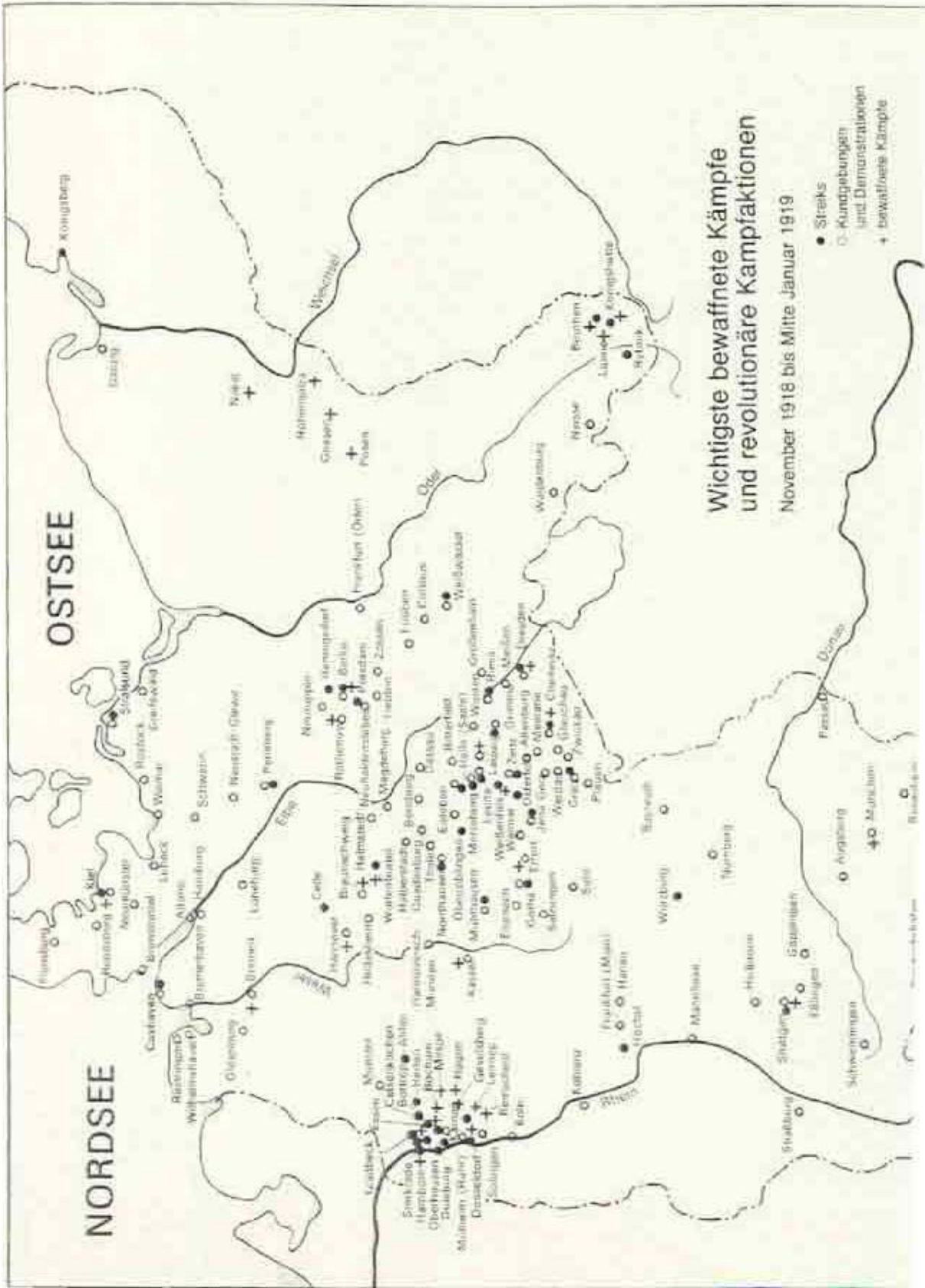
Die Stimmung im Land war währenddessen immer bedrohlicher geworden: Der 1914 verkündete "Burgfrieden" hatte nicht die erwartete "Volksgemeinschaft" gebracht; vielmehr förderte der Krieg die Entwicklung weiterer Voraussetzungen für eine proletarische Massenbewegung und die Entstehung einer revolutionären Situation. Hierzu gehören die Mobilität am Arbeitsplatz und die damit verbundene anwachsende politische Labilität sowie die Ballung in einzelnen Betrieben oder Industrieregionen (Krupp, Rhein-Ruhr-Gebiet, Berlin), was zugleich zur Sprengung des organisatorischen Rahmens von SPD und Gewerkschaft führte.

In der Arbeiterklasse war die Distanz zum autoritären System des Kaiserreichs schon vor dem Krieg besonders ausgeprägt; die Unzufriedenheit mit dem politischen System und Staatsverdrossenheit gingen jedoch nach 1914 weit über die Arbeiterschaft hinaus: So gehören auch der soziale Umschichtungsprozess (soziale Deklassierung `des Mittelstands, soziale Differenzierung- innerhalb der Arbeiterschaft aufgrund sehr unterschiedlicher Einkommensverhältnisse der Rüstungsarbeiter und der Arbeiter in den übrigen Industriezweigen) sowie die dominierende Rolle der Lebensmittelversorgung für die sich ständig verschlechternde Stimmung der Bevölkerung und für den zunehmenden Autoritätsverlust des Staates zu den Hintergründen der Revolution. Die Bauern wiederum klagten über Arbeitsüberhäufung und Arbeitskräftemangel, über zu niedrige Erzeugerpreise und das Hamsterunwesen.(7) Der äußere Erfolg der Revolution im November 1918 ist nicht nur auf das aktive Handeln der Arbeiter und Soldaten zurückzuführen, sondern auch auf die passive Reaktion der deutschen Gesellschaft, für deren überwiegende Mehrheit das alte Regime soviel an Ansehen verloren hatte, dass es nicht mehr verdiente, verteidigt zu werden. Bereits im Januar 1918 hatten die Munitionsarbeiter in Berlin, im Ruhrgebiet, in Sachsen, Hamburg und- Kiel bei ihren Streiks auch politische

Forderungen - Herbeiführung des Verständigungsfriedens, Reformen im Innern - erhöhen. Als in den Sommermonaten an der Westfront keine weiteren militärischen Erfolge erzielt wurden, stieg die Mutlosigkeit in der Öffentlichkeit an.

Trotzdem wirkte Anfang Oktober die Nachricht, über das deutsche Waffenstillstandsangebot für viele wie ein Schock. Das Bewusstsein der militärischen Niederlage und der Nutzlosigkeit weiteren Kampfes ließ die Forderung nach sofortigem Frieden unüberhörbar werden. Und als nach der dritten Wilson-Note klar wurde, dass der Kaiser ein Haupthindernis für den Frieden darstellte, forderte auch die Presse immer unverhölener die Abdankung Wilhelms U. Um Entschlüssen auszuweichen, reiste dieser am 29. Oktober ins Große Hauptquartier nach Spa; Prinz Max konnte ihn trotz eindringlicher Appelle nicht zur Rückkehr nach Berlin bewegen: Im Anschluss an Arthur Rosenberg,(8) ist lange Zeit behauptet worden, der November-Aufstand sei ein-"Missverständnis" gewesen und die Massen hätten gegen sich selbst revoltiert, da in der sogenannten "Oktober-Reform", die Deutschland zu einer parlamentarischen Monarchie gemacht hatte, bereits alle Ziele der Unzufriedenen erreicht worden waren. Wie wenig jedoch der Kaiser bereit war, seine Handlungen der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu unterstellen, zeigt seine gegen den Willen der politischen Führung unternommene Flucht nach Spa, die einer Wiederherstellung des erschütterten Bündnisses zwischen Krone und Militärgewalt und der Rückkehr zur Tradition des reaktionären Staatsstreichs gleichkam.(9)





Wichtigste bewaffnete Kämpfe und revolutionäre Kampffaktionen

November 1918 bis Mitte Januar 1919

- Streiks
- Kundgebungen und Demonstrationen
- + bewaffnete Kämpfe

Man kann daher nicht behaupten, dass mit der Oktober-Reform von 1918 eine verheißungsvolle Entwicklung, eingeleitet und mit der November-Revolution nieder unterbrochen worden wäre. Die parlamentarische Monarchie ist nicht durch die Revolution gestürzt worden, sondern durch Krone und Militär, die sich von ihr genau indem Augenblick wieder lossagten, als sie Wirklichkeit anzunehmen drohte: Bezeichnend für die Rückkehr der Militärgewalt zur Selbständigkeit der politischen Entscheidungen ist auch das Verhalten der Seekriegsleitung in den letzten Oktobertagen.

Von der Meuterei zur revolutionären Bewegung

Während nämlich der Kaiser nach Spa floh, wollte die Seekriegsleitung unter Admiral Scheer - ohne den wahren Zweck des Flottenvorstoßes den verantwortlichen politischen Führungsinstanzen mitzuteilen - aus Prestige Gründen die Hochseeflotte` zu einer letzten "Todesfahrt" gegen die Engländer auslaufen lassen, um in diesem- Gefecht "ehrentoll" unterzugehen. Als die Matrosen und Heizer bemerkten, dass sie unmittelbar vor Kriegsende sinnlos geopfert werden sollten, verweigerten sie den Gehorsam und verhinderten ein Auslaufen der Flotte. Die Flottenleitung konnte zwar den Widerstand der Meuterer brechen und ungefähr 1000 Mann verhaften; in den folgenden Tagen häuften sich allerdings die Zwischenfälle, die am 3. November in Kiel Todesopfer forderten und bereits einen Tag später in offenem Aufstand kulminierten. Somit ist der eigentliche Anstoß zur Revolution von der Seekriegsleitung ausgegangen:

- Die Matrosen bildeten erste Soldatenräte, zu denen sich noch am gleichen Tag Arbeiterräte gesellten:

- Am Abend des 4. November war Kiel fest in `der Hand der Aufständischen. - Bereits am 5. November war die Bewegung auf Lübeck und Hamburg übergesprungen.

Am 6. November regierten in beiden Städten Arbeiter- und Soldatenräte, gleichzeitig brachten die Aufständischen auch Bremen und Wilhelmshaven in ihre Gewalt;

- Trotz der Bewilligung von Amnestie und Straffreiheit durch die Reichsregierung konnte nicht mehr verhindert werden, dass die ursprüngliche Militärrevolte sich immer mehr zu einer revolutionären Bewegung ausweitete:

- Diese griff am 7. November auf zahlreiche Städte Nord- und Westdeutschlands über.

- Unabhängig davon rief am gleichen Tag in München der USPD-Politiker Kurt Eisner die bayerische Republik aus. (vgl. Dok. 1).

- Am folgenden Tag hatten Arbeiter- und Soldatenräte in nahezu allen wichtigen deutschen Städten die Macht übernommen.

Bald darauf verschwand die Monarchie in allen deutschen Staaten, ohne dass sich eine Hand zu ihrer Verteidigung gerührt hätte. Die Revolution hatte ganz Deutschland erfasst.

Deutschland wird Republik

Die Meuterei der Matrosen in Kiel und anderen norddeutschen Häfen wollte von Anfang an nicht nur den unnützen Versuch der Admiralität vereiteln, den Krieg zu verlängern; sie richtete sich außerdem gegen den Kaiser, der dafür verantwortlich gemacht wurde, dass trotz des inzwischen einen Monat alten Waffenstillstandsgesuchs der Krieg immer noch andauerte. Hinzu kam, dass in Deutschland infolge der Wilson-Noten die Überzeugung wuchs; dass mit den bisherigen Machthabern an der Spitze des Staates keine erträglichen Friedensbedingungen zu erwarten seien. Allmählich wurde der Kaiser von allen Seiten - auch von überzeugten Monarchisten, die die Krone retten wollten - zum Rücktritt gedrängt: von der Reichsregierung, besonders von Prinz Max, von der Führung der SPD, schließlich auch von einzelnen Generälen der OHL. Kaiser Wilhelm weigerte sich jedoch beharrlich abzutreten; nur mit Mühe konnte ihm von Hindenburg und Groener der Gedanke ausgedrückt werden, an der Spitze des Feldheeres gegen die Aufständischen im Reich vorzugehen.

In Berlin spitzte sich inzwischen die Lage dramatisch zu: Die Revolutionären Obleute, eine linksradikale Arbeitergruppe mit einem festen Kern unter den Metallarbeitern, hatten für den 9. November große Demonstrationen angekündigt; die Bewegung drohte der Regierung und der SPD endgültig zu entgleiten.

Da der Kanzler befürchtete, die siegreichen Demonstranten würden ihrerseits die Absetzung des Kaisers ausrufen, veröffentlichte er mittags um 12 Uhr eigenmächtig eine Erklärung, die besagte, dass der Kaiser und König sich entschlossen habe, dem Thron zu entsagen. Zugleich übertrug Prinz Max, um die Staatsführung vor dem revolutionären Zugriff zu bewahren, dem sozialdemokratischen Parteiführer Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Während dieser noch mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) über eine gemeinsame Regierung verhandelte, rief der SPD-Politiker Philipp Scheidemann gegen 2 Uhr vom Balkon des Reichstagsgebäudes unter brausendem Beifall der Versammelten die Republik aus:

"Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die Deutsche Republik!"(10)

Wenige Stunden später proklamierte der Führer des kommunistischen Spartakusbundes, Karl Liebknecht, vom Balkon des Berliner Stadtschlusses die "Freie Sozialistische Republik Deutschland". Als der Kaiser von den Vorgängen in Berlin erfuhr, war er zuerst empört über den "Verrat" des Prinzen. Schließlich folgte er dem dringenden Rat Hindenburgs, in den Niederlanden um politisches Asyl nachzusuchen.

Der Pakt Ebert-Groener

Noch am 9. November nahm die neue Regierung, die sich "Rat der Volksbeauftragten" nannte, ihre Amtsgeschäfte auf. Unter dem Vorsitz Eberts gehörten ihr von



Demonstration der Mehrheitssozialisten
gegen den Spartakusbund im Dezember 1918
in Berlin.

der SPD noch Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, von der USPD Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth an. Die neue- Regierung hielt es für unverzichtbar, die Anerkennung und Mitarbeit der OHL zu erreichen, um die sich aus der Situation des geschlagenen Reiches ergebenden unmittelbaren Aufgaben lösen zu können:

- Die Waffenstillstandsbedingungen mussten erfüllt,
die Rückführung des Heeres und die Demobilisierung durchgeführt, die Wirtschaft von Kriegs- auf Friedensbedürfnisse umgestellt,
die Bevölkerung (trotz Fortbestehens der alliierten Blockade) ernährt, - die Soldaten erneut in den Arbeitsprozess eingegliedert,
das zusammengebrochene Verkehrswesen wieder in Gang gesetzt werden.

Bei all' diesen Aufgaben war die Mitwirkung des eingespielten zivilen und militärischen Behördenapparats, der Unternehmer und Gewerkschaften sowie der Landbevölkerung unentbehrlich (vgl. Dok. 2). In einem später berühmt gewordenen Telefongespräch zwischen der Reichskanzlei und dem Hauptquartier vereinbarten Ebert und Groener eine möglichst enge Zusammenarbeit:" Beide waren an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung interessiert, beide waren Gegner der Revolution und des Bolschewismus, beide wollten eine disziplinierte und gehorsame Armee als Ordnungsmacht aufrechterhalten (vgl. Dok. 3). Groener sah in einem neuen "Reichspatriotismus", der als nationale Loyalität an die Stelle der bisherigen personalen Loyalität des Offiziers gegenüber dem Kaiser und Obersten Kriegsherrn

treten sollte, die Grundlage für ein Zusammengehen mit der SPD. Diese wiederum war, da sie über keine bewaffnete Macht verfügte und die im Verlauf der Revolution gegründete "republikanische Soldatenwehr" sich als völlig unzuverlässig erwies, auf das monarchische Offizierskorps als Hauptstütze der eigenen Existenz angewiesen. Der Pakt Ebert-Groener sah vor, dass die ausschließliche Befehlsgewalt über die Armee bei den Offizieren blieb; den Soldatenräten wurde nur eine beratende Stimme eingeräumt. Der Generalstab übernahm die Rückführung des Frontheeres in die Heimat und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit.

Die Bedeutung dieses Abkommens, das im Dezember zu einem politischen Pakt erweitert wurde, kann für den weiteren Verlauf der Revolution in Deutschland gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie keine andere staatliche Einrichtung waren Heer und Marine von Zusammenbruch und Revolution im Innersten getroffen worden: Die Ereignisse seit dem 7. November ("Militärstreik" als Ursprung der Revolution, Abdankung des Kaisers, später Auflösung des Feldheeres und die Bestimmungen des Friedensvertrages) stellten für das Militär tiefgreifende verfassungsrechtliche und organisatorische Probleme dar; sie berührten darüber hinaus in wesentlichem Umfang das Selbstverständnis des Offizierskorps. Der Tiefpunkt (im Sinne der alten Streitkräfte), wurde nun infolge des Ebert-Groener-Paktes durch die pragmatische Zusammenarbeit von Mehrheits-SPD und Militärs innerhalb weniger Wochen überwunden.

Die "nationale Aufgabe" des Militärs in Zusammenarbeit mit der Regierung verhalf dem Offizierskorps zu einem neuen Selbstverständnis und trug mit dazu bei, dass als Resultat dieser Entwicklung die Armee die Revolution fast ohne Veränderung überstand:(11) Das Abkommen war der Anfang der Liquidierung der Revolution, noch bevor diese richtig begonnen hatte. Die ersten Aufrufe Eberts als Kanzler zielten auch unmissverständlich auf Ruhe und Ordnung, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen und lebenswichtige Betriebe in Gang zu halten (vgl. Dok. 4). In einem Telegramm Hindenburgs an alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos vom 10. November hieß es:

"Es kann bekanntgegeben werden, dass die OHL mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern.(12)

Auf dieses Zusammenwirken der Mehrheitssozialisten mit dem Generalstab ist entscheidend zurückzuführen, dass die Revolution sich kein eigenes Heer zu ihrer Verteidigung schuf. Der größte Teil- der Armee wurde nach seiner geordneten Rückführung in die Heimat entlassen. Die Volksbeauftragten sahen sich zu ihrem Schutz auf Freikorps - d. h. auf streng disziplinierte, größtenteils bürgerliche und keineswegs immer republikfreundliche Freiwilligenverbände mit hohem Kampfwert - angewiesen: eine für Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik schwere Hypothek. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass Offiziere und Kommandostrukturen der alten Armee die neu gebildeten Freikorps zu Ordnungsinstrumenten machten, die im Augenblick durch die Regierung (relativ) besser zu kontrollieren waren als selbst etwa die regierungstreuen Freiwilligenverbände der Soldatenräte.

Die Arbeiter- und Soldatenräte

Während der "Rat der Volksbeauftragten" den Regierungs- und staatlichen Verwaltungsapparat übernahm und, in Zusammenarbeit mit der OHL, die ersten Maßnahmen erließ (vgl. Dok. 5), erhoben die in den ersten Revolutionstagen überall entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte immer deutlicher den Anspruch, von improvisiert-spontanen Ausschüssen zu Vollzugsorganen des Volkswillens geworden zu sein, die gegenüber den Regierungs- und Verwaltungskörperschaften Kontrollfunktionen hatten. Die von den Soldaten gewählten Soldatenräte traten zumeist nicht an die Stelle, sondern neben die alte militärische Struktur. Die jeweiligen militärischen Führungsinstanzen erkannten sie durchweg an und erklärten sich zur Zusammenarbeit bereit. Von der sozialen Zusammensetzung her war in den Soldatenräten das kleinbürgerliche Element (vor allem mittlere Ränge, häufig auch Offiziere) mindestens so stark vertreten wie das proletarische, weshalb die neuen Organe in der revolutionären Bewegung auch häufig auf dem rechten Flügel standen.

Die Arbeiterräte wurden entweder in den Betrieben gewählt oder gingen aus einer Absprache der örtlichen Parteiführungen von SPD und USPD hervor; verschiedentlich wurden Arbeiterräte auch auf "Volksversammlungen" gebildet bzw. bestätigt. Normalerweise schlossen sich Soldatenrat und Arbeiterrat zum Arbeiter- und Soldatenrat zusammen, der als oberste Machtinstantz fungierte und faktisch auch die Polizeigewalt ausübte.

In ihrem Selbstverständnis erwiesen sich vor allem die mehrheitssozialdemokratisch orientierten Arbeiter- und Soldatenräte primär als die gegenüber den Vertretern des alten Regimes kooperationswilligen Kontroll- und Exekutivorgane der kommunalen Öffentlichkeit.

Bei ihrer Bildung orientierten sich die Räte an praktisch-tagespolitischen Aufgaben. Hierbei standen sie unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution, in der der Umschwung ebenfalls mit Hilfe von Räten vollzogen worden war. Die Organisation der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgte allerdings nicht nach dem sowjetrussischen "Modell".

Die Räte verhielten sich den Volksbeauftragten gegenüber größtenteils loyal. Diese Loyalität beruhte auf der grundsätzlichen Übereinstimmung mit der Regierung bezüglich der zentralen Aufgaben, auf der Erwartung, dass die revolutionäre Übergangsperiode zu demokratischen Strukturreformen genützt würde sowie auf der Vorstellung, dass die Initiative zu grundlegenden Veränderungen "von oben" kommen müsse.

Auf Initiative der USPD versammelten sich am 10. November 1918 die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch. Der dort gebildete "Vollzugsrat" bestätigte zwar den Rat der Volksbeauftragten, der von da an mit revolutionärer Legitimierung regierte, beanspruchte aber zugleich "diktatorische Gewalt" und stand somit in ständigem Konflikt mit der Regierung Ebert. Da keine klare Kompetenzabgrenzung zwischen beiden Gremien erfolgte (vgl. Dok. 6), kam es zu Rivalität und Konfrontation. Der Vollzugsrat (Vorsitz: Richard Müller - USPD)

sprach sich für eine "proletarische Republik auf sozialistischer Grundlage" aus - eine Forderung, der sich auch die MSPD-Mitglieder dieses Gremiums anschlossen.

In fast allen Räten hatten die Mehrheitssozialdemokraten ein deutliches Übergewicht über die Radikalen. Auch in dem "Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte", der vom 16.-21. Dezember in Berlin tagte, verfügte die MSPD über eine klare Majorität.(13) Der Rätekongress musste vor allem über die erbittert diskutierte Frage entscheiden: ob eine bürgerliche Demokratie oder eine proletarische Räterediktatur angestrebt werden sollte.

Nationalversammlung oder Räteystem?

Über die Frage der Organisation der Revolution- und der Herrschaft gingen die Meinungen der verschiedenen Gruppen weit auseinander:

- Die MSPD-Vertreter im Rat der Volksbeauftragten forderten von Anfang an unter der Parole "Demokratie oder Bolschewismus" eine alsbaldige Neuordnung durch eine demokratisch gewählte Nationalversammlung, was das Ende der Räte

bedeuten musste (vgl. Dok. 7). Diese parlamentarisch-demokratische und staatsbezogene Grundeinstellung der Sozialdemokraten resultierte - abgesehen von taktischen, auch außenpolitisch bedingten Überlegungen - aus ihrer praktisch-politischen Haltung: Sie sahen ihre politischen Zielsetzungen mit der Einführung von parlamentarischer Demokratie und allgemeinem Wahlrecht erreicht. Zugleich ist sie Ausdruck einer unmittelbar wirksamen nationalen Komponente im politisch-ideologischen Denken der SPD sowie der spezifischen Staatstradition; in der die SPD von Lasalle her stand:

- Die USPD bezog in der Rätefrage keinen einheitlichen Standpunkt. Ihr rechter Flügel wollte die Übergangsperiode der Räteherrschaft solange wie möglich ausdehnen und in dieser Zeit gesellschaftspolitisch relevante Entscheidungen

(etwa die Sozialisierung) durchführen. Zugleich bekannte er sich jedoch zu einer späteren Nationalversammlung, der Räte zur Seite gestellt werden sollten. Karl Kautsky brachte es auf die Formel: "Nationalversammlung und Räte".

- Der linke Flügel der USPD, dem in der ersten Phase der Revolution noch die revolutionären Obleute und der Spartakusbund angehörten, erstrebte demgegenüber die Errichtung einer proletarischen Räteherrschaft.

- Der Spartakusbund (früher "Gruppe Internationale") um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring aus der radikalen Parteiopposition der Vorkriegssozialdemokratie hatte sich zwar organisatorisch der USPD angeschlossen, wich jedoch in seiner politischen Linie ganz entscheidend von der USPD-Führung ab; er war die einzige Gruppe, die die Losung: "Alle Macht den Räten" kompromisslos vertrat. So verwarf Rosa Luxemburg etwa in ihrer Absage an die bürgerliche Demokratie den "parlamentarischen Kretinismus" der deutschen Sozialdemokraten; für sie waren in ihrem Glauben an die Spontaneität des Volkes "sozialistische Demokratie" und "Diktatur des Proletariats" identisch.

In Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse auf dem Rätekongress (490 Delegierte, davon 290 SPD-Mitglieder) nimmt es nicht wunder, dass in der Frage der zukünftigen Volksvertretung die Entscheidung mit überwältigender Mehrheit zugunsten der Nationalversammlung fiel. Als Wahltermin wurde der 19. Januar 1919 festgelegt. Für die Übergangszeit beauftragte der Kongress einen "Zentralrat", mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben; die Funktionen des Zentralrats reduzierten sich allerdings fast von Anfang an darauf, eine Art Akklamationsorgan des Rates der Volksbeauftragten zu sein, was durch den Verzicht der USPD auf Mitwirkung noch begünstigt wurde. Der Zentralrat war auch seinem Selbstverständnis nach weniger Kontroll- als vielmehr Unterstützungsorgan der MSPD-Politik. Daher nahm er auch eine zunehmende Beschneidung seiner theoretischen Kontrollkompetenzen durch die Volksbeauftragten ohne allzu großen Widerstand hin und plädierte schließlich für Selbstauflösung nach Zustandekommen der Nationalversammlung. Am 8. April 1919 löste er sich auf. Die Forderungen des Rätekongresses nach Demokratisierung des Heeres - die berühmten "7 Hamburger Punkte"⁽¹⁰⁾ - wurden vom Rat der Volksbeauftragten hintertrieben (vgl. Dok. 8); die militärpolitische Passivität der Regierung erbitterte

viele auch ansonsten gemäßigte Soldaten und Arbeiter. Hier ist der Zusammenhang zwischen unterlassenen Reformen und politischer Radikalisierung deutlich greifbar. Dasselbe gilt für die Forderung des Kongresses nach Sozialisierung "der hierfür reifen Industrien", vor allem des Kohlebergbaus. Die von der Regierung eingesetzte Sozialisierungskommission war lediglich ein Versuch, Zeit zu gewinnen. Der MSPD und den Gewerkschaften ging es darum, Änderungen der Eigentumsverhältnisse zu verhindern. Dieses Beharren auf dem überkommenen kapitalistischen Wirtschaftssystem lässt sich, was den Fortgang der ökonomischen Entwicklung betrifft, zumindest teilweise mit dem marxistisch geprägten Determinismus der SPD, d. h. mit ihrem Glauben an die "gesetzmäßige" Vorbestimmtheit der Entwicklung, erklären, der grundlegende sozialökonomische Veränderungen mehr von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung als von zugreifenden politischen Eingriffen erwartete und von den sozialökonomischen Voraussetzungen für Bestand und Gedeihen einer Demokratie kein klares Bewusstsein hatte.

Der Spartakusbund und der Generalstreik im März 1919 führen zum Zusammenbruch des gesamten Verkehrs in Berlin.



Die Radikalisierung der Revolution

Nach dem Reichsrätekongreß verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen SPD und USPD immer mehr. Während die SPD-Vertreter im Rat der Volksbeauftragten bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung nur die notwendigsten Regierungsgeschäfte, wie die Durchführung des Waffenstillstands und der Demobilisierung erledigen und- alle grundlegenden Entscheidungen der legitimierten Volksversammlung überlassen wollten, drängte der Koalitionspartner USPD auf umfassende Demokratisierung von Verwaltung und Heer unter Ablösung der alten Beamtenschaft und des alten Offizierskorps durch die Räte. Da die USPD sich in der - Regierung nicht durchsetzen konnte und auch in den Räten keine Mehrheit hatte, wurde der Machtkampf allmählich auf die Straße verlegt. So organisierten die Spartakisten in Berlin bereits während des Kongresses gewaltige Straßendemonstrationen, die unter der Losung: "Für die Arbeiter- und Soldatenräte! Gegen die Nationalversammlung!" den Reichsrätekongress unter Druck setzen wollten. An dieser Demonstration beteiligten sich angeblich über 250000 Personen.(15)

Eine Woche später kam es zur Belagerung der Reichskanzlei durch die sogenannte "Volksmarinedivision". Als Ebert Truppen gegen die Aufständischen einsetzte, führte dies zum Bruch mit der USPD, die am 29. Dezember aus der Regierung ausschied.

Bereits am folgenden Tag ging aus der Reichskonferenz des Spartakusbundes (30. Dezember 1918-1. Januar 1919) die "Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)" hervor, die sich damit endgültig von der USPD lossagte. Das Hauptreferat auf diesem Gründungsparteitag hielt Rosa Luxemburg, die das von ihr verfasste "Spartakusprogramm"- erläuterte. Die Partei verfügte anfangs über nur wenige marxistische Kader; sie wollte die Massen vielmehr durch Straßendemonstrationen und Agitation radikalieren, was ihr bei wachsender Unzufriedenheit der Arbeiterschaft auch zusehends gelang.

Als die besonders durch die Passivität der Regierung in der Sozialisierungsfrage enttäuschten Arbeiter durch die Amtsenthebung des Berliner USPD-Polizeipräsidenten Emil Eichhorn noch weitergereizt wurden, entwickelten sich die massenhaften Protestdemonstrationen zu einem regelrechten Aufstand (5. 12. Januar 1919), dessen Ziel der Sturz der Regierung Ebert war (vgl. Dok. 9 und 10). Allerdings fehlte der Bewegung die erforderliche Stoßkraft und Entschiedenheit. Die zur Aktion bereiten Massen warteten umsonst auf klare Anweisungen. Schließlich traten die Aufständischen in Verhandlungen mit der Regierung ein. Nach dem Scheitern der Verhandlungen übernahm der SPD-Volksbeauftragte Gustav Noske die militärische Niederwerfung des Aufstands.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden nach ihrer Verhaftung von Freikorpsoldaten ermordet. Die gleichzeitigen Aufstände in anderen Teilen des Reiches, besonders in Mitteldeutschland, konnten mit Hilfe der Freikorps ebenfalls unterdrückt werden.

Mit den Januarkämpfen zerbrach die- Einheit der revolutionären Bewegung endgültig. Zugleich stellt der Berliner Januar das Ende der ersten Phase der Revolution und den Beginn einer zweiten, radikaleren Phase dar,(16)

in der der erfolglose Versuch unternommen wurde, die Revolution angesichts der begonnenen Gegenrevolution zu sichern und voranzutreiben. In dieser zweiten Phase kam es zu einer Reihe lokaler Aufstände der radikalen Linken, in deren Verlauf auch "Räterepubliken" - unter anderem die Bremer(17) (Januar/Februar 1919) und vor allem die Münchner (April) - gegründet wurden.

Parallel zu den Kämpfen im Frühjahr 1919 entstand eine neue Massenbewegung, in der sich das Schwergewicht des Kampfes von der staatlichen Ebene auf die Ebene der direkten Konfrontation von Kapital und Arbeit in den Betrieben verlagerte:

- Während die am 19. Januar gewählte Nationalversammlung in Weimar mit ihrer Arbeit begann, traten: zwischen Februar und April 1919 die Bergarbeiter des Ruhrgebiets und Mitteldeutschlands sowie die Berliner Arbeiter unter der Parole der "Sozialisierung" in den Generalstreik; Anfang April 1919 streikten ungefähr 300000 Arbeiter.

- Dabei beschränkte sich "Sozialisierung" nicht auf die Forderung nach Verstaatlichung, sondern beinhaltete das Verlangen der Arbeiter nach einem inner- und überbetrieblichen "wirtschaftlichen" Rätssystem, nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

Auf dem zweiten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte vom B.--14. April 1919 wurde deutlich, dass für die meisten Anhänger beider sozialistischen Parteien die Kernforderung des Sozialismus in der Änderung der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln lag; außerdem sah man in den Räten die Organe für die Sozialisierung. Mit den Räten aus der ersten Phase der Revolution hat diese Streik- und Sozialisierungsbewegung, deren Führung eindeutig bei der USPD und der KPD lag, nichts zu tun. Verstanden sich die Räte in der ersten Phase der Revolution als Revolutionsausschüsse, so traten jetzt ausgesprochen proletarisch-klassenkämpferische Zielsetzungen in den Vordergrund; außerdem bildete sich eine selbständige "Räte-Ideologie" heraus. Da die Bewegung regional unkoordiniert verlief, konnte sie die Reichsregierung mit Versprechungen und massiver Gewaltanwendung - Noske hatte das Standrecht verkünden lassen, das die erbitterten Freikorpsleute durch. wahllose Erschießungen missbrauchten - ebenfalls paralisieren und schließlich vollends zerschlagen. An diesem Befund ändert auch nichts die Tatsache, dass die Diskussionen in der Nationalversammlung und die gesetzgeberischen Aktivitäten ein gewisses Eingehen der Mehrheitssozialdemokraten auf die revolutionären Anliegen erkennen lassen.

Die Münchner Räterepublik

In die zweite, radikale Phase der Revolution fällt auch die Münchner Räterepublik. In der bayerischen Hauptstadt war nach der Flucht der Wittelsbacher und der Gründung des "Freien Volksstaats Bayern" am B. November 1918 der Unabhängige Kurt Eisner an die Spitze einer aus Mitgliedern der USPD und SPD bestehenden Revolutionsregierung (Innenminister: Erhard Auer) getreten. Als Eisner am 21. Februar 1919 auf dem, Weg zur Eröffnungssitzung des Verfassunggebenden Landtags war, um nach der Wahlniederlage seiner Partei als Ministerpräsident



Nach der Niederschlagung der Räterepublik wurde das bayerische Heer im August 1919 in die 100 000-Mann-Reichswehr übernommen.
 In der Mitte (von links): Oberst Ritter von Epp, der SPD-Reichswehrminister Gustav Noske und Reichspräsident Friedrich Ebert.

zurückzutreten, wurde er von dem nationalistischen Fanatiker Graf Anton von Arco-Valley ermordet. Der Mord an Eisner wirkte radikalierend auf die Arbeiter und Soldaten und leitete in Bayern die „zweite Revolution“ ein, die sich im „Zentralrat der Bayerischen Republik“ unter dem Vorsitz von Ernst Niekisch (SPD) ein neues Führungsorgan schuf. Nach wochenlangen Wirren beschloss dieses, zusammen mit dem Revolutionären Arbeiterrat, in der Nacht vom 6. auf den 7. April die Ausrufung einer Bayerischen Räterepublik, in der Intellektuelle (Toller) und Anarchisten (Landauer), nicht jedoch Kommunisten die „Regierung der Volksbeauftragten“ bildeten: Die Kommunisten bezeichneten das aus dieser „dritten Revolution“ hervorgegangene Regime als „Scheineräterepublik“.(18)

Nach dem fehlgeschlagenen Gegenschlag regierungstreuer Truppen - die vom Landtag gewählte Regierung Johannes -Hoffmann (MSPD) war inzwischen nach Bamberg geflohen - übernahmen am 13. April die Kommunisten die alleinige Macht (vgl. Dok. 11). Die Arbeiter- und Soldatenräte Münchens setzten den Zentralrat ab und übertrugen in einer „vierten Revolution“ die gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem Vollzugsrat, dem unter anderen Max Levien und Eugen Levine angehörten. Rudolf Egelhofer wurde Stadtkommandant und Oberkommandierender der Roten Armee. Während diese noch aufgestellt wurde und die Räterepublik infolge innerer Zerwürfnisse (Absetzung des alten und Wahl eines neuen Aktionsausschusses, Diktatur der Roten Armee) bereits deutliche Zersetzungserscheinungen aufwies, wurde von Bamberg aus die militärische Intervention des Reichs eingeleitet. Die Liquidation des Räteregimes, an der sich neben preußischen und württembergischen Verbänden unter dem Oberbefehl des preußischen Generals von Oven auch eine bayerische Freiwilligentruppe (General von Möhl/Ritter von Epp) beteiligte, weitete sich am 1. und 2. Mai zu einem von beiden Seiten erbittert geführten Bürgerkrieg mit über 1000

Toten aus. Auf den Terror der roten Garden folgten nun die nicht minder grausamen Ausschreitungen der "weißen Garde". Im Laufe des Jahres 1919 erfolgte in Form zahlreicher Hochverratsprozesse mit drakonischen Strafurteilen auch die gerichtliche Liquidierung der Räteherrschaft; der "weiße Terror" wurde demgegenüber nicht oder kaum gerichtlich verfolgt.

Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik

Kontinuität oder Diskontinuität?

Bereits 1968 hat Reinhard Rürup festgestellt: "Es dürfte in der Geschichte kaum eine andere, äußerlich erfolgreiche Revolution geben, die so schnell aus dem Bewusstsein der Zeitgenossen verdrängt wurde wie die Revolution von 1918/19. Es entstand keine lebendige revolutionäre Tradition; die demokratische Republik gründete ihr Selbstverständnis nicht auf die Revolution, sondern allenfalls auf deren Überwindung [...] Nicht die Revolution, sondern die der Revolution abgerungene Kontinuität war die Basis der Weimarer Demokratie."(19)

Dieses Ergebnis der Forschung stimmt nicht mit dem Eindruck der Zeitgenossen überein, für die die Revolution eine tiefe Zäsur bedeutete. Das zweifellos auffallendste Moment der Diskontinuität - zugleich das einzige deutlich greifbare - ist der Sturz der Dynastien und das Ende des Kaisertums. Nur die Änderung der Staatsform stellte etwas völlig Neues dar und erlaubt es auch, von den Novemberereignissen als einer politischen Revolution, nicht jedoch im Sinne einer sozialen und ökonomischen Umwälzung zu sprechen. Schon in der Weimarer Verfassung mischten sich Elemente der Kontinuität und der Diskontinuität.(20)

Auch die revolutionäre Rätebewegung hat im Verfassungsrecht und in der Verfassungswirklichkeit der Weimarer Republik keine nennenswerten Spuren hinterlassen. Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 und der in Artikel 165 der Weimarer Verfassung vorgesehene vorläufige Reichswirtschaftsrat können kaum in der Tradition der Mitbestimmungskämpfe gesehen werden, da sie den Betriebsräten keine entscheidenden Mitbestimmungsrechte und Kontrollbefugnisse einräumten. Und auf dem weiten Feld der Organisation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dominierten eindeutig die Merkmale der Kontinuität:

Zu den in diesem Zusammenhang wichtigsten Bereichen gehören die Beamtenschaft und das Militär. Nicht nur die OHL verhandelte von Anfang an mit den Volksbeauftragten auf gleicher Ebene, sondern das gleiche gilt für die Staatssekretäre der Reichsämter.(21) Von den dreizehn Leitern der obersten Behörden schieden lediglich vier aus. Die mit Kontrollfunktionen ausgestatteten MSPD- oder USPD-Beigeordneten konnten ihrer Aufgabe zumeist nicht gerecht werden. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik akzeptierten die Volksbeauftragten die Priorität, die der Staatssekretär für wirtschaftliche Demobilisierung, Joseph Koeth, setzte. Ebenso wie dieser konnte auch der nationalliberale Staatssekretär im Reichsschatzamt, Eugen Schiffer, durchsetzen, dass keine Änderung der Wirtschaftsordnung erfolgte.

Die Institution der Reichsstaatssekretäre stellte über die Novemberrevolution hinweg die Kontinuität von jener Koalition aus Liberalen, Zentrum und MSPD, die sich 1917 in einer Reichstagsmehrheit zugunsten eines Verständigungsfriedens zusammengefunden und am Ende der Monarchie die Parlamentarisierung des Reiches vollzogen hatte, bis hin zur "Weimarer Koalition" der ersten republikanischen Regierung dar. Dabei ließen die Volksbeauftragten (bewusst oder unbewusst) unberücksichtigt, dass die Staatssekretäre seit der Oktoberverfassung (1918) politische, nicht mehr nur, fachliche Verantwortung trugen. Die - Volksbeauftragten ergriffen zwar die ihnen durch die Revolution zugefallene Macht, gaben sie aber - vor allem aus Furcht vor einem: "Weitertreiben" der Revolution und einem wirtschaftlichen Zusammenbruch - an die Staatssekretäre als die Sachwalter ihrer Ressorts zu einem großen Teil sogleich wieder ab. Die Chefs der obersten Zivil- und Militärbehörden nutzten die ihnen gebotene Chance, das Land "von der Revolution wegzuführen, den Bruch mit der Vergangenheit zu mildern oder gar zu verhindern".(22) Auch die (nunmehr zumeist) sozialistischen Vertreter der Einzelstaaten wirkten im Interesse ihrer Länder in die gleiche Richtung. Die Kontinuität der bundesstaatlichen Interessen verband sich mit der Kontinuität der sozial-konservativ orientierten Zentralbehörden.

Ein ähnliches Bild wie im Reich bot sich in den Ländern, wo die administrative Kontinuität - mit nur wenigen Ausnahmen - auf nahezu allen Ebenen gewahrt blieb. Das Aufsichtsrecht der Räte über die Kommunalbehörden wurde immer weiter eingeschränkt. Auch wenn in bestimmten Ämtern (etwa bei den preußischen Oberpräsidenten) bis 1920 ein relativ umfassendes Revirement stattfand, so entstammten die neuen Beamten doch zumeist der früheren königlichen Verwaltung. Von einer umfassenden Republikanisierung oder Demokratisierung der Bürokratie, vor allem im breiten Mittel- und Unterbau, kann man nicht sprechen. Unterhalb der Behördenspitzen blieb die durchweg konservative Beamtenschaft an den Staatsvorstellungen des Konstitutionalismus orientiert, in denen sie aufgewachsen war. Die Mehrzahl bezog ihre Dienstgesinnung auf den Staat als solchen, nicht auf die neuen Machthaber: Auch die Justiz blieb nahezu unangetastet.

Die Rolle und Mentalität der Parteien in der Politik der Weimarer Republik sowie die Tatsache, dass sie auch nach 1918 nicht in der Verfassung erwähnt wurden, sind ebenfalls als Elemente der Kontinuität zu werten.

Es ist unverkennbar, dass die Kräfte, die sich in dieser Revolution schließlich durchsetzten, schmerzhaft Brüche mit der Vergangenheit, und risikoreiche Wagnisse vermeiden wollten. Die SPD hatte sich, um die politische Initiative zu behalten und den Linkssozialisten nicht das Feld zu überlassen, an die Spitze einer Revolution gesetzt, die gegen ihren Willen ausgebrochen war. Sie suchte pragmatische Übergangslösungen, Synthesen zwischen Tradition und Umwälzung, was der Revolution von vornherein einen konservativen Zug verlieh und die Entwicklung zur Republik schwer belastete: Die Ergebnisse der Forschungen zur Kontinuitätsproblematik, besonders was die Versäumnisse und Fehlentscheidungen der politisch maßgeblichen Kräfte hinsichtlich der Durchsetzung einer demokratischen und sozialen Republik betrifft, lassen es gerechtfertigt erscheinen, von 1918/19 als einer gescheiterten Revolution zu sprechen.

Anmerkungen

1 Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3, 1955, S. 1-19

2 Eberhard Kolb, Einleitung. In: Ders. Hg., Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 26. Vgl. hierzu auch Helga Grebing Konservative Republik oder soziale Demokratie? In: ebda., S. 386-403. Dieser Aufsatz beschäftigt sich eingehend mit der westdeutschen Historiographie über die Novemberrevolution, analysiert die Fragestellungen und Forschungstrends und markiert die Positionen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Vgl. neuerdings Eckhard Jesse/Henning Köhler, Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung. In: aus politik und zeitgeschichte B 45/78 v. 11. November 1978, S. 3-23

3 Z. B. Gerhard Schulz, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918-1945, Göttingen 1976, bes. S. 29f. und Heinrich August Winkler, Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19. Ein Rückblick nach sechzig Jahren. Berlin 1979, S. 64; letzterer übt allerdings auch deutliche Kritik an Versäumnissen der SPD (etwa in der Sozialisierungsfrage)

4 Vgl. hierzu die im Literaturverzeichnis angegebenen Werke von Tormin, Matthias, Kolb, Oertzen, Rürup, Kluge

5 Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen anlässlich des 40. Jahrestages. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6, 1958, Sonderheft, S. 21; zur DDR-Historiographie vgl. Lutz Winckler, Die Novemberrevolution in der Geschichtsschreibung der DDR. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 21, 1970, S. 216-234

6 Zum Zusammenbruch des alten Regimes vgl. in diesem Band den Beitrag von Th. Stammen

7 Zur Volksstimmung im Ersten Weltkrieg allg. Wilhelm Deist Hg., Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918. 2 Bände, Düsseldorf 1970

8 Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt, 13. Aufl. 1971

9 Vgl. Wolfgang Sauer, Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie. In: Kolb Hg. (s. Anm. 2), S. 77-99

10 Zit. nach Gerhard A. Ritter/Susanne Miller Hg., Die deutsche Revolution 1918-1919, Hamburg 2. Aufl. 1975, S. 77; Scheidemann gibt in seinen Memoiren einen erheblich von diesem zeitgenössischen Stenogramm abweichenden Text: vgl. Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten. Bd. 2, Dresden 1927, S. 311. Zur Diskussion der verschiedenen Fassungen siehe weiter Manfred Jessen-Klingenberg Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 19. Jg., H. 11, 1968, S. 649-656

11 S. hierzu "Zwischen Revolution und Kapp-Putsch". Militär und Innenpolitik 1918-1920, bearb. v. H. Härten, Düsseldorf 1977

12 Zit. nach Peter Brandt Hg.: 1918/19. Ein Lesebuch, Berlin 1979, S. 56

13 Vgl. hierzu die als Faksimile herausgegebenen Stenographischen Berichte: Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte. Eingeleitet von Friedrich Helm und Peter Schmitt-Egner, Glashütten im Taunus 1972

14 Die Debatte auf dem Rätekongress in: Allgemeiner Kongress (s. Anm. 13), Sp. 127ff.

15 Allgemeiner Kongress (s. Anm. 13), Sp. 19f.

16 Zur Periodisierung der Revolution vgl. Gerald D. Feldman/Eberhard Kolb/Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917-1920). In: Politische Vierteljahresschrift 13, 1972, S. 84-105 sowie neuerdings: Wolfgang]. Mommsen, Die deutsche Revolution 1918-1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung. In: Geschichte und

Gesellschaft 4. Jg., H. 3, 1978, S. 362-391. Kritik an letzterem übt Winkler, Sozialdemokratie (s. Ante. 3), S. 8

17 Vgl. die Dokumentation Peter Kuckuck Hg., Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt 1969

18 Zur bayerischen Räterepublik vgl. die im Literaturverzeichnis angegebenen Werke von Bosl, Dorst, Mitchell, Schmolze, Schwarz

19 Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, S.4f.

20 Zur Weimarer Verfassung vgl. in diesem Band den Beitrag von G. Jasper

21 Hierzu ausführlich Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965

22 Elben (s. Anm. 21), S. 169 f.

Literatur

Die in den Anmerkungen bibliographisch erfasste Literatur wird hier nicht wiederholt.

Neueste Bibliographie:

Georg P. Meyer, Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19, Göttingen 1977

Udo Bernbach Hg., Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien zur Rätediskussion. Opladen 1973

Karl Bosl Hg., Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München 1969

Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918 -1919. Köln 1973

Tankred Dorst Hg., Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Frankfurt 1972

J. S. Drabkin, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Berlin (Ost) 1968

Karl Dietrich Erdmann, Rätestaat oder parlamentarische Demokratie. Neuere Forschungen zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Kopenhagen 1979

Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution. Berlin 1929 (Reprint o. J.)

Sebastian Hafner: Die deutsche Revolution 1918/19. Wie war sie wirklich? München 1979

Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Wirtschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch. Frankfurt 1985

Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19. Göttingen 1975

Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik. München 1984

Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1818 -1919. Frankfurt 1978

Eberhard Kolb/Reinhard Rürup Hg., Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland. Bd. I: der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918 bis 8.4.1919. Leiden 1968

Detlef Lehnert: Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD. Frankfurt 1983

- Wolfgang Malanowski, November-Revolution 1918. Die Rolleder SPD. Frankfurt 1969
- Erich Matthias, Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918 -1919. Düsseldorf 1970
- Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 -1920. Düsseldorf 1978
- Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. München 1967.
- Richard Müller, Die Novemberrevolution. Berlin 1976
- Helmut Neubauer Hg., Deutschland und die Russische Revolution. Stuttgart 1968
- Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. Düsseldorf 1963
- Karl A. Otto, Die Revolution in Deutschland 1918/19. München 1979 (für den Schulgebrauch)
- Manfred Rauh, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Düsseldorf 1977
- Robert Rosentreter: Blaujacken im Novembersturm: Rote Matrosen 1918 -1919. Berlin 1988 Reinhard Rürup Hg., Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19. Wuppertal 1975
- Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärische Gewalt im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution. Stuttgart 1981
- Dieter Schneider/Rudolf Kuda, Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente. Frankfurt 1968
- Albert Schwarz, die Zeit von 1918 bis 1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates (1918 -1920). In: Max Spindler Hg., Handbuch der bayerischen Geschichte IV/1, München 1974, S. 387-453
- Walter Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19. Düsseldorf 1954
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis. zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler. Bd. 2 - 4. Berlin a. f.
- Zweiter Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 8. bis 14. April 1919 im Herrenhaus zu Berlin. Stenographisches Protokoll. Berlin o. j. (Unveränderter Neudruck, Glashütten im Taunus 1975)

Dok. 1

Kurt Eisner proklamiert die bayerische Republik in der Nacht zum 8. November 1918

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat.

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an!

Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.

Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt.

Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet!

Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht.

In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein!

Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.

Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden!

Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern. Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

(aus: Münchener Post" vom 8. 11. 1918, zit. nach Gerhard A. Ritter/Susanne Miller Hg., Die deutsche Revolution 1918-1919, Hamburg 1975, S. 61 f.)

Dok. 2

Appell Reichskanzler Friedrich Eberts an die Beamten am 9. November 1918

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie, nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein

Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

(aus: Reichsanzeiger vom 12. November 1918, zit. nach Wolfgang Malanowski, Novemberrevolution 1918. Die Rolle der SPD, Frankfurt 1969, S.148.)

Dok. 3

General Groener über sein Bündnis mit Ebert vom 10. November 1918

Die Aufgabe der Heeresleitung musste es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen. Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft musste in ihrem Kern für die Wehrmacht der Zukunft erhalten werden. Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtepunkt. Es musste ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es musste das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. Dass Hindenburg auf seinem Posten blieb und den Oberbefehl über das gesamte Heer übernahm, ja dass dieser ihm vom Kaiser übertragen worden war, machte den Übergang möglich und erleichterte ihn.

Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres rund des Offizierskorps anzubieten?

[...] Am Abend [des 10. November] rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, dass das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, dass dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit. Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Für den Schritt des 10. November habe ich allein die Verantwortung zu übernehmen, Hindenburg wusste nichts von ihm, billigte ihn aber, nachdem

. ich die innerpolitische Lage in der Heimat eingehend mit ihm besprochen hatte.[. . .]

Wir [die Offiziere der O.H.L.] hofften, durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet. Zunächst galt es freilich Zugeständnisse zu machen, denn die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, dass es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von seiten der O.H.L. handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichmachen der revolutionären Strömungen.

(aus: Groener, Lebenserinnerungen, S. 467 ff., zit. nach Ritter/Miller a. a. O., S. 98 f.)

Dok. 4 Aufruf Eberts an die deutschen Bürger vom 9. November 1918

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt, Ihr wisst, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muss die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlasst die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!
Berlin, den 9. November 1918

Der Reichskanzler gez. Ebert

(aus: Parteiarchiv SPD, Flugblatt, zit. nach Ritter/Miller a. a. O. S. 79 f.)

Dok. 5

Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. 2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. '
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahme Gesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.:

Auf die Sicherung einer geregeltem Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen; direkten allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die Konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

(aus: Ebert/ Haase I Scheidemann I Landsberg I Dittmann/ Barth, Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1303f., zit. nach Ritter/Miller a. a. O.; S.103 f.)

Dok. 6 Der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsrat – Vereinbarung vom 22. November 1918

Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Übergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.

3. Die Bestellung des Ratender Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik..

4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und - bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse - auch Preußens erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.

5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Sobald als möglich wird eine Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentreten. Der Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Im Anschluss an diese Vereinbarung, die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festsetzt, sollen, alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

(aus: Reichsanzeiger Nr. 277 vom 23.11.1918, zit. nach Ritter/Miller a. a. O.; S. 119.)

Dok. 7 Cohen-Reuß auf dem 1. Rätekongress in Berlin 16.-21. Dezember 1918

... Es gibt nach meiner festen Überzeugung nur ein einziges Organ, das diesen Volkswillen feststellen kann: das ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung, zu der jeder Deutsche, gleichviel ob Mann oder Frau, in allen den Gebieten, die zu Deutschland gehören, wählen kann. Wie man auch über die A.- und S.-Räte denken mag - ich denke ziemlich günstig über sie und werde noch darauf zurückkommen -, in jedem Falle drücken die A.- und S.-Räte nur einen Teilwillen, niemals aber den Willen des ganzen Volkes aus. Diesen festzustellen, darauf kommt es an ...

Ich meine also, die A.- und S.-Räte hatten ihre Berechtigung und werden ihre Berechtigung auch weiter haben. Nur, glaube ich, müssen sie

an der Zentralstelle, die die Verfassung des deutschen Reiches schaffen wird, der Nationalversammlung Platz machen. Aber dass sich Formen finden werden unter dem Gesichtswinkel der Produktionsentwicklung, wo Arbeiterräte - Soldatenräte wird es ja dann nicht geben - einen Platz einnehmen, auf dem sie ungeheuer viel Gutes stiften können, da die Bedeutung der Arbeiterklasse im zukünftigen Deutschland ja immer mehr wächst, immer stärker werden muss, darüber ist für mich gar kein Zweifel ...

(aus: Max Cohen-Reuß (Mehrheitssozialdemokrat): Referat auf dem 1. Rätekongress 19. 12. 1918. In: Dieter Schneider/Rudolf Kuda, Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente; edition suhrkamp 296, Frankfurt 1969, S. 129-f.)

Dok. 8 Beschluss des Rätekongresses zur Kommandogewalt (Sieben Hamburger Punkte) vom 18. Dezember 1918

1. Die Kommandogewalt über Heer und Marine und Schutztruppen üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus.
2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.
3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung; dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.
4. Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffizierstressen usw., Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.
5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, dürfen wiedergewählt werden.
6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.
7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

(aus: Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte. Glashütten 1972, S.181.)

Dok. 9 Aufruf der Reichsregierung vom 9. Januar 1919 gegen den Spartakusbund

Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben: Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muss aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebaut werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

(aus: Reichsanzeiger vom 9. Januar 1919, zit. nach Malanowski a. a. O., S. 167 f.)

Dok. 10 "Auf zum Generalstreik! Auf zu den Waffen!" - Aufruf der Revolutionären Obleute, des Zentralvorstandes der USPD Groß-Berlins und der Zentrale der KPD vom 9. Januar 1919 [Auszug]

Arbeiter! Genossen! Soldaten!

Grenzenlos war die Langmut der revolutionären Arbeiter Deutschlands; über alle Maßen ihre Geduld mit den vom Bruderblut besudelten Ebert-Scheidemann. Die Verbrechen dieser Verräter des Proletariats, dieser elenden Handlanger der kapitalistischen Scharfmacher, dieser Verkörperung der Gegenrevolution schrien längst zum Himmel. Der 6. Dezember oder 24. Dezember, die Metzereien unter den wehrlosen Urlaubern und Frontsoldaten, die Niederkartätschung revolutionärer Matrosen, das waren die ersten Bluttaten der Judasse in der Regierung. Sie sollten die Kraft der Revolution brechen, die auflodernde Empörung der Arbeiter- und Soldatenmassen löschen. Doch der revolutionäre Geist triumphiert; die Scheidemann-Ebert standen gebrandmarkt und verachtet vor der ganzen Welt. Aber die vom Urteil des Volkes gerichteten Mörder geben das verruchte Spiel nicht auf. Sie gehörten ins Zuchthaus, aufs Schafott. [...]

Eichhorn sollte davongejagt, das Polizeipräsidium, diese wichtige revolutionäre Machtstellung, schnöde geraubt werden. Da erhob sich der Zorn der Berliner Arbeitermassen von neuem in wuchtigen Kundgebungen. Einen ehernen Wall zogen sie um das Polizeipräsidium: Denn sie wussten, im Berliner Polizeipräsidium sollte die Revolution selbst tödlich getroffen werden. Sie suchten sich vor der Infamie ihrer Todfeinde zu schützen, indem sie ihnen die Hauptinstrumente der Lüge

und Verhetzung aus den blutbefleckten Händen nahmen. Die Scheidemann-Ebert zauderten nicht. Ihr Cäsarenwahnsinn lechzte nach neuem Blut. Zahlreiche heilige Menschenleben fielen ihrem rasenden Hass gegen das revolutionäre Proletariat am Montag [6. Januar] zum Opfer. Endlich musste das Gericht sie ereilen. [. . .] Arbeiter! Genossen! Jetzt ist der letzte Nebel hinweggeblasen! Klar ist die Situation! Es geht aufs Ganze, es geht ums Ganze! [...]

An jeden Proletarier, an jeden revolutionären Soldaten ergeht der Donnerruf des unerbittlichen Geschicks: Auf zum letzten, zum entscheidenden Kampf!

Heraus aus den Fabriken, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Generalstreik aller Betriebe muss eure erste Antwort sein! [. . .]

Zeigt den Schurken eure Macht! Bewaffnet euch! Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde, die Ebert-Scheidemann! Auf zum Kampf!

Auf zum Kampfe, auf zum vernichtenden Schlage, der zerschmettern muss die blutbesudelten Ebert-Scheidemann! [...]

Arbeiter! Genossen!

Heraus aus den Betrieben! Auf zum Generalstreik!

Heraus auf die Straße zum letzten Kampf, zum Sieg!

(aus: Ritter/Miller a. a. O., S. 190.)

Dok. 11

Ernst Toller: Die kommunistische Räterepublik in München (13. April 1919)

Die "Scheinräterepublik", wie die Kommunisten sie nannten, ist zugrundegegangen, die "wahre" Räterepublik beginnt ihr Werk..

Kaum eine Woche ist vergangen, seit die Kommunistische Partei erklärt hat, diese Räterepublik könne nicht lebensfähig sein, die inneren und äußeren Bedingungen fehlten, die Arbeiterschaft sei nicht reif, die Lage im übrigen Deutschland denkbar ungünstig, die Übernahme der Regierung nur ein Dienst für die Reaktion. Der Sieg der Arbeiter wirft alle Bedenken der Kommunisten über den Haufen, der bewaffnete Kampf habe die Einheit des Proletariats geschaffen, im Gegensatz zur Scheinräterepublik sei diese Räterepublik das Werk der Massen, die Kommunistische Partei als revolutionäre Kampfpartei gehöre in diesem Augenblick an die Spitze der Kämpfe. Kommissionen werden gewählt, sie sollen die rote Armee neu organisieren, die Gegenrevolution bekämpfen, das Finanz- und Wirtschaftswesen aufbauen, die Lebensmittelversorgung regeln. Die Polizei wird aufgelöst, die rote Garde übernimmt den Sicherheitsdienst der Stadt. Der Oberbefehl über die rote Garde wird dem Kommunisten

Eglhofer übertragen. Eglhofer war einer der Führer der Kieler Matrosenrevolte im Herbst 1918, man ließ die Matrosen antreten, jeder zehnte, auch Eglhofer, wurde zum Tode verurteilt, später wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, die Novemberrevolution hatte ihn befreit. Organisatorische Fähigkeiten fehlten ihm, so war er auf einen Stab von Mitarbeitern angewiesen, die er wahllos heranzog.

Die erste populäre Handlung der Regierung ist die Beschlagnahme der gehamsterten Lebensmittel, es bleibt bei der Beschlagnahme. Die bürgerlichen Zeitungen dürfen nicht mehr erscheinen, zum Regierungsorgan wird das Mitteilungsblatt des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte bestimmt. Die Betriebe arbeiten nicht; der Generalstreik mit unbestimmter Dauer ist verkündet.

(aus: Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentare. Hrsg. Tankred Dorst; edition suhrkamp 178, S. 96f.)